

Die orthodoxen Kirchen und der Kommunismus

Von WILHELM DE VRIES S. J.

Anhänger und Freunde des Kommunismus weisen nicht selten, um seine angebliche Vereinbarkeit mit dem Christentum darzutun, auf das Beispiel der orthodoxen Kirchen hin, die zu einer friedlichen Zusammenarbeit mit den kommunistischen Staaten gekommen seien. Wie haltlos aber diese Begründung ist, zeigt sich sehr rasch, sobald man einmal genauer zusieht, welche Forderungen die gottlosen Regierungen an die orthodoxen Kirchen stellen und welche Haltung diese ihnen gegenüber einnehmen.

Die Forderungen des kommunistischen Staates an die Kirche sind z. B. klar ausgesprochen in einem Briefe des bulgarischen Außen- und Kultusministeriums an die Hl. Synode der Bulgarischen Kirche vom 11. Mai 1948. Hier heißt es wörtlich: „Die Kirche steht unter dem Staat und hat seinen Gesetzen zu gehorchen. Es gibt nur eine Autorität in Bulgarien, die des Staates. Man kann nicht von staatlicher und kirchlicher Autorität sprechen.“ Die Kirche muß sich streng an das Programm der Vaterländischen Front halten. In den Predigten und kirchlichen Veröffentlichungen müssen die heroischen Kämpfe des bulgarischen Volkes, die zur Aufrichtung der neuen kommunistischen Ordnung führten, ins rechte Licht gestellt werden. Die Kirche muß die kommunistische Partei loben und die Sozialisierung der Produktionsmittel billigen. Es ist ihre Pflicht, sich dafür einzusetzen, daß Klerus und Gläubige die Grundsätze der kommunistischen Volksdemokratie zu den ihrigen machen. Das Erziehungsprogramm für die Seminare muß den Prinzipien der Volksfront entsprechen. Die wissenschaftlichen Auffassungen über die natürliche Entwicklung der Dinge und der Gesellschaft sollen von der Kirche verbreitet werden (Naroden Pastir [Der Volkshirte] vom 1. 6. 1948). Heißt das nicht förmlich der Kirche zumuten, daß sie sich die Grundsätze des historischen und dialektischen Materialismus zu eigen mache?

Der kommunistische Staat sucht mit allen Mitteln der List und Gewalt seine Forderungen durchzusetzen und die Kirche zu seinem gefügigen Werkzeug zu machen. Er terrorisiert die Hierarchie und die Geistlichkeit solange mit seinen Drohungen, bis sie vor seinen Forderungen kapitulieren. In Rußland bezeichnet das Strafgesetzbuch (§ 58) jede Kritik an der Sowjetregierung als antirevolutionäre Tätigkeit, auf der bekanntlich die schwersten Strafen stehen. Das ist natürlich auch ein starkes Druckmittel gegenüber dem Klerus. Die totalitären Regierungen verstehen es ferner, alle widerstrebenden Elemente aus dem Klerus mit Gewalt zu entfernen und sich so mit der Zeit einen gefügigen Episkopat und eine gehorsame Geistlichkeit zu schaffen.

Die Gesetzgebung der kommunistischen Staaten sorgt endlich dafür, daß die Regierung die Kirche fest in ihre Hand bekommt. Wir haben in dieser Zeitschrift bereits an anderer Stelle über die Kirchengesetze der

Sowjetunion gehandelt.¹ Die neue Kirchenverfassung vom 31. Januar 1945 übernimmt fast vollständig die staatliche Gesetzgebung über die kirchlichen Vereinigungen, welche diese vollkommen dem Gutdünken der Staatsgewalt ausliefern. In Rumänien sorgte das Gesetz über die Ordnung der Kulte vom 4. August 1948 gründlich dafür, die orthodoxe Kirche an den Staat zu ketten und ihm zu versklaven. Hiernach bedürfen z. B. alle kirchlichen Würdenträger der staatlichen Bestätigung, um ihr Amt ausüben zu können (Art. 21). Das Kultusministerium kann jede Anordnung der kirchlichen Autoritäten aufheben. Alle Hirtenbriefe und Rundschreiben müssen der Regierung vorgelegt werden (Art. 25). Das Gesetz über die Reform des Unterrichts vom 3. August 1948 schließt die Kirche von jedem Einfluß auf die Jugend aus. In Bulgarien wurde am 17. Februar 1949 ein ganz ähnliches Gesetz erlassen, demzufolge beispielsweise jede Ernennung, Absetzung oder Versetzung von Geistlichen vom Gutdünken des Außenministeriums abhängig ist (Art. 9). Alle Anordnungen der kirchlichen Autoritäten bedürfen der Bestätigung der Regierung (Art. 17). Die Erziehung der Jugend ist ausschließlich Sache des Staates. Die Kirche darf sich damit in keiner Weise befassen (Art. 21). Auch jede caritative Tätigkeit ist ihr untersagt (Art. 22). In Jugoslawien ist die Haltung der Regierung gegenüber der Kirche noch schärfer als in Bulgarien und Rumänien. Die orthodoxe Hierarchie hat sich dort mehr als einmal bitter über die Gewalttaten und Verfolgungsmaßnahmen des Titoregimes beschwert.

Es ist nach allem nicht zu verwundern, wenn die orthodoxen Kirchen sich dem kommunistischen Staat gegenüber nachgiebig zeigten. Diese Kirchen kennen bekanntlich keine übernationale Autorität, die ihren Widerstand gegenüber einer brutalen Staatsgewalt stützen könnte. Zudem sind sie ihrer ganzen Tradition gemäß geneigt, sich an den Staat anzulehnen und von ihm Hilfe zu erwarten, nicht aber, ihm zu widerstehen. Sehen wir nun im einzelnen, welches in den verschiedenen kommunistischen Staaten die Haltung der Kirche gegenüber dem herrschenden System ist.

Wir haben schon an anderer Stelle über die servile Haltung der russischen Kirche gegenüber der Sowjetregierung gehandelt.² Hier sei noch besonders hervorgehoben, daß sie nicht nur den Sowjets in jeder Weise zu Diensten ist, sondern das soziale System des Kommunismus selbst gutheißt und als echt christlich hinstellt. Man kann es verstehen, daß die Orthodoxe Kirche es nicht wagt, das kommunistische System zu kritisieren, aber man sollte meinen, daß es sich vermeiden ließe, eine Ordnung, die derart der Menschenwürde und damit auch dem Christentum zuwider ist, auch noch als Ideal zu preisen. Freilich billigen die orthodoxen Hierarchen nicht die Grundlage des Kommunismus, den gottlosen Materialismus. Damit würden sie ja auch sich selbst aufgeben. Die russische Kirche macht aber den

¹ Staat und Kirche im heutigen Rußland, Band 142, 1948, S. 90—104.

² Ebd. S. 96ff.

aussichtslosen Versuch, das Gebäude von seinem Fundament zu trennen, das soziale System des Kommunismus von seinen Grundlagen loszulösen. Für die Moskauer Hierarchen besteht kein Gegensatz zwischen der kommunistischen Ordnung und dem Evangelium. Der Kommunismus ist für sie „die soziale Wahrheit“. So schreibt z.B. Erzbischof Lukas von Tambov: „Die Menschen finden im Kommunismus die Wahrheit..., die Befreiung von sozialen Übeln, die sie suchen“ (Moskauer Patriarchatszeitschrift Januar 1948, S.63). Die kommunistische Gesellschaftsordnung ist nach ihm „voll von sozialer Gerechtigkeit“ (ebenda). Der Patriarch Alexius selbst preist die Errungenschaften des Sowjetstaates; dieser brachte nach ihm dem russischen Volke „die Befreiung von Sklaverei und Bedrückung, von der Macht des Reichtums und der Habgier und den Aufbau des neuen Lebens auf der Grundlage der Gleichheit“ (Patriarchats-Zeitschrift Januar 1949, S.17).

Der Servilismus der russischen Kirche gegenüber dem kommunistischen Regime fand Nachahmung in den Satellitenstaaten, und zwar wohl am meisten in Rumänien. Der neue Patriarch Justinian (gewählt im Mai 1948) stellte sich rückhaltlos hinter die kommunistische Regierung. In seiner Rede nach der Wahl erklärte er: „Nie hat die Kirche in den zweitausend Jahren ihrer Geschichte eine so gute Gelegenheit gehabt, die Lehren des Evangeliums in die Tat umzusetzen, wie heute, und das dank der Volksregierung, die nun in unserm Lande herrscht.“ Die rumänische orthodoxe Hierarchie ist heute schon sehr stark von kommunistischen Elementen durchsetzt. So ist es nicht zu verwundern, daß sie sich weitgehend der Auffassung des Patriarchen angleicht. Am 15. März 1948 fand im erzbischöflichen Palast von Craiova im Beisein des Kultusministers unter Vorsitz des späteren Patriarchen Justinian eine Versammlung der kirchlichen Autoritäten statt. Hier wurde eine kommunistenfreundliche Entschließung angenommen, die dann im offiziellen Blatt des Patriarchates und in der Tagespresse erschien. Dieses Dokument gibt der Freude der Hierarchen Ausdruck über die Sorge, mit der die Regierung der Volksdemokratie die Kirche umgebe. Der Klerus müsse sich rückhaltlos in den Dienst des Volkes und der Regierung stellen und die Gläubigen über die Grundsätze der neuen Verfassung aufklären. Jede feindliche Haltung gegenüber dem demokratischen Regime sei zu bekämpfen. Die Geistlichen, die nicht mitmachen wollten, müßten bestraft werden. Am Schluß der Versammlung erklärte der Priester Bratan: „Nach vielen Jahrhunderten des Christentums ist endlich die Zeit gekommen, eine Ordnung auf Grund der Prinzipien des Evangeliums aufzubauen, auf denen die neue Verfassung beruht.“ Also die Kirche Christi mußte ausgerechnet das Zeitalter des gottlosen Kommunismus abwarten, um endlich ernsthaft mit der Verwirklichung des Evangeliums zu beginnen. Weiter kann man den würdelosen Servilismus gegenüber einer gottlosen Regierung, deren letztes Ziel die Vernichtung des Christentums ist, nicht treiben.

Die bulgarische Kirche hat wenigstens einigen Widerstand gegenüber dem gottlosen Regime gezeigt. Aber in letzter Zeit scheint auch hier der Druck der Gewalthaber den Widerstand zu besiegen. Immerhin hat die Hl. Synode den Mut gehabt, bevor die neue Verfassung Gesetz wurde, eine Denkschrift an Regierung und Parlament zu schicken, in der sie es wagt, einige Forderungen zu stellen, so z.B. daß die Kirche als Einrichtung des öffentlichen Rechtes anerkannt werde und daß man ihr in der Ausübung des Predigtamtes, des Religionsunterrichts und der Liebeswerke keine Hindernisse in den Weg lege. Die Zivilehe dürfe nicht obligatorisch sein; in den Staatsschulen müsse wenigstens fakultativer Religionsunterricht eingerichtet werden. Mehr und mehr wich jedoch die Hierarchie dem Druck der Regierung, ja schließlich gab sie gegenüber den Forderungen des gottlosen Regimes klein bei. In der außerordentlichen Sitzung der Hl. Synode vom 8.—11. Oktober 1948 wurde die Bestimmung, daß die Gläubigen, die sich nicht kirchlich, sondern nur zivil trauen lassen, von den Sakramenten und dem kirchlichen Begräbnis auszuschließen seien, aufgehoben. Die Hierarchie verzichtet offiziell auf die Erziehung der Jugend und erkennt das ausschließliche Recht des Staates auf diesem Gebiete an. Sie gibt ferner das Recht auf religiöse Propaganda auf, und zwar mit der Begründung, daß diese unnötig sei, da die Verfassung allen Bürgern Freiheit des Gewissens und der Religion gewährleiste. Die Geistlichen werden bevollmächtigt, der kommunistischen nationalen Front beizutreten, und aufgefordert, sich von der Jugenderziehung völlig fernzuhalten (Der kirchliche Bote, Sofia, vom 23. Oktober 1948). Diese Beschlüsse wurden in einem offiziellen Schreiben dem Kultusminister mitgeteilt. Sie sind nichts anderes als die Kapitulation der Hierarchie vor den Forderungen der totalitären gottlosen Staatsgewalt.

Was die Haltung des Klerus betrifft, sind die Vorkommnisse auf dem 30. Kongreß der Orthodoxen Priestervereinigung Bulgariens, abgehalten am 14. Oktober 1948, sehr aufschlußreich. Es liegt uns hierüber der Bericht eines Augenzeugen vor. Im Sitzungssaal hing ein riesiges Bild des Ministerpräsidenten Dimitroff an der Wand. Es war aber kein Kreuz und überhaupt keine religiöse Darstellung zu sehen. Die Zahl der anwesenden Geistlichen betrug 250—300. Der Kultusminister Dimitar Jliev hielt eine programmatische Rede über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Er beklagte sich über die Opposition in den Reihen des Klerus. Ein Geistlicher habe ihm gesagt: „Ich kann dem Georg Dimitroff nicht gehorchen, und er hat nicht das Recht, mir zu befehlen. Es könnte ihm morgen in den Sinn kommen, von mir zu verlangen, daß ich das Kreuz von der Kathedrale wegnehme und statt dessen den Halbmond draufsetze.“ Der Kultusminister verlas sodann den obenerwähnten Brief der Hl. Synode. Nach dessen Verlesung klatschten alle Beifall und brachten ein dreifaches Hurra auf Dimitroff aus. Darauf folgte eine Diskussion über das Blatt der Klerusvereinigung. Man schlug vor, die Redakteure sollten künftig nicht mehr

gewählt, sondern ernannt werden. Jemand wandte ein, auf diese Weise könne ja auch ein ganz ungläubiger Mann an die Leitung des Blattes kommen. Hier griff der Sekretär der vaterländischen Front ein und erklärte jede Diskussion für überflüssig. Der Redakteur müsse, ob gewählt oder ernannt, doch den Richtlinien der vaterländischen Front folgen. Nur 20 Anwesende stimmten für den Vorschlag, daß der Redakteur ernannt werden solle. Trotzdem stellte das Präsidium fest, der Vorschlag sei angenommen. Da trat ein kleiner Priester auf und erklärte mutig: „Jedermann sieht, daß hier über uns eine Diktatur ausgeübt wird.“ Man hörte darauf vereinzelt Bravorufe. Der Präsident entzog dem Sprecher sofort das Wort. Als die Sitzung zu Ende war, hörte man beim Herausgehen Stimmen wie: „Wir sind verraten worden ... wir sind verloren. Die Kapitulation ist total ... Ein Bravo dem kleinen Priester, der es wagte, das Wort ‚Diktatur‘ auszusprechen.“

Die serbische Kirche hat am entschiedensten gegen das kommunistische Regime und seine Übergriffe Widerstand geleistet. Der Patriarch Gabriel, der als Gegner des Kommunismus bekannt war und im Exil einen scharfen Hirtenbrief gegen die Religionsverfolgung Titos erlassen hatte, kehrte im November 1946 unerwartet nach Belgrad zurück. Wie es scheint, hatte Präsident Benesch die Rückkehr vermittelt, und auch Moskau hatte wohl seine Hand mit im Spiel. Die Sowjetregierung befürwortete eine neue Religionspolitik auch in Jugoslawien. Tito ging aber auch in diesem Punkte nicht im vollen Umfang auf die Wünsche der Machthaber des Kreml ein. Der Patriarch empfing am 23. November eine Delegation von national, d. h. kommunistisch eingestellten orthodoxen Priestern; er sprach zu ihnen über die Notwendigkeit engerer Beziehungen mit den staatlichen Autoritäten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß man bald zu einer friedlichen, beide Teile befriedigenden Lösung käme (Politika vom 24. November 1946). Auf dem panslawischen Kongreß in Belgrad im Dezember 1946 hielt der Patriarch eine Rede, in der er mit Lobsprüchen auf Rußland und seinen „genialen Führer“ nicht sparte (Politika vom 12. Dezember 1946). Im Grunde legte er sich aber auch in dieser Rede trotz aller Verbeugungen in keiner Weise fest. Im Februar 1947 erließ Gabriel einen Aufruf an seine Kirche, in dem er zur Mitarbeit mit der Regierung ermahnt. Er leitete alsbald Verhandlungen mit Tito ein, um zu einem Modus vivendi zu kommen, zeigte sich aber durchaus nicht geneigt, einfachhin vor der Regierung zu kapitulieren. Er verlangte Freiheit für den Religionsunterricht in den Schulen, Anerkennung der kirchlichen Feste, Rückgabe der Seminare, Befreiung der gefangen gehaltenen Geistlichen usw. Der Patriarch war aber nachher über das Ergebnis seiner Verhandlungen schwer enttäuscht. Tito gab ihm gute Worte und versprach alles Mögliche, hielt aber nichts. Trotzdem veröffentlichte Gabriel im November 1947 eine Instruktion an den Klerus, in der er grundsätzlich die Mitarbeit bei der kommunistischen nationalen Front billigt, aber unter der Einschränkung, soweit der gute

Name der Kirche und des Klerus nicht geschädigt werde. Das Urteil hierüber wird den Priestern selbst überlassen (Glasnik vom 1. Nov. 1947). Jedenfalls bedeutet auch dieses Schreiben keine Unterwerfung unter die gottlosen Gewalthaber. Mitarbeit ja, aber mit Vorsicht und mit Vorbehalt.

Wohl noch fester war im ganzen die Haltung der Hl. Synode und der übrigen Bischöfe. Die fünf noch im Amte befindlichen orthodoxen Bischöfe erließen Ostern 1946 einen Hirtenbrief, in dem sie Klage führten über das Aufhören des Religionsunterrichts in den Schulen, die Einführung der Zivilehe, die antireligiöse Propaganda u.s.f. Nach der Rückkehr des Patriarchen zeigte sich die Hierarchie wenig erbaut von seinem Versöhnungsversuch mit Tito. Am 24. April 1947 gaben die Bischöfe auf einer Konferenz ihrer Entschlossenheit Ausdruck, die Freiheit der Kirche zu verteidigen, und verlangten vom Patriarchen eine Versicherung, daß er sich auf derselben Linie halten werde. Einzelne Bischöfe zeichneten sich durch ihren entschiedenen Widerstand gegen die Übergriffe der gottlosen Gewalthaber aus, so der Metropolit Josef von Skoplje, der den Patriarchen in seiner Abwesenheit vertrat. Er wurde später von seinem Posten entfernt. Der unerschrockenste Vorkämpfer für die Freiheit der Kirche war der Bischof Barnabas von Sarajewo. Er hat sich vor Gericht im Februar 1948 als wahrer Held erwiesen. Man warf ihm vor, er habe in seinen Predigten den Untergang der Feinde Gottes vorausgesagt. Der Bischof bekannte sich offen dazu. Das habe er gesagt und noch mehr. Aber er habe nur dem Ausdruck gegeben, was das ganze Volk fühle und wünsche. Er klagte den Kommunismus offen an, weil er den Fortbestand der Religion in Jugoslawien bedrohe.

So ist also nach allem die Haltung der serbischen Hierarchie würdig und entschieden. Auch der Widerstand des niederen Klerus ist noch recht stark. Die große Mehrheit der Geistlichen stand vor der Rückkehr des Patriarchen auf seiten des kommunistenfeindlichen Metropoliten Josef. Die kommunistische Presse klagt, es gebe Geistliche, die nicht mit der Regierung zusammenarbeiten wollten (Politika vom 1. Dezember 1947). Nur eine Minderheit von sogenannten „nationalen“ Priestern hält es mit dem Regime. Diese Minderheit ist aber sehr aktiv. Sie ist organisiert in Priestergewerkschaften und sucht alle Geistlichen zu zwingen, diesen beizutreten. Diese Vereinigungen sind von der Regierung als Gegengewicht gegen die Hierarchie gedacht. Sie sind regional gegliedert und es besteht eine Dachorganisation für die ganze jugoslawische Volksrepublik. Die Gewerkschaften sind der kommunistischen nationalen Front eingegliedert und unterstehen der Autorität der kommunistischen Partei. Man will die ganze Struktur der Kirche im demokratischen Sinne umformen. Der Dachverband für ganz Jugoslawien wurde Anfang März 1949 gegründet. (Hierüber berichtet ausführlich die kommunistische Belgrader Zeitung Borba [Der Kampf] vom 5. März 1949). In einem Telegramm an Tito versprachen die versammelten Geistlichen, treue und unermüdliche Verteidiger der großen

Errungenschaften des Volksbefreiungskampfes zu sein. Die von der Versammlung angenommene EntschlieÙung ist voll von kommunistischen Schlagworten. Die orthodoxen Priester versprechen, aktiv teilzunehmen am sozialistischen Aufbau des Landes. Es sollen alle Geistlichen in der Vereinigung zusammengeschlossen werden. Die der neuen Zeit nicht entsprechenden alten Gebräuche sind abzuschaffen. Eine neue Kirchenverfassung muß den einfachen Priestern und dem Volke mehr Einfluß auf die Kirchenregierung geben. Der Klerus soll bedingungslos mit der Regierung und der nationalen Front zusammenarbeiten. Er will teilnehmen an der sozialistischen Umgestaltung der Dörfer, d.h. an der Kollektivierung der Landwirtschaft. Wenn man jedoch zwischen den Zeilen dieser EntschlieÙung liest, so wird klar, daß die kommunistenfreundliche Priesterorganisation mit einer starken Opposition rechnet; denn diese wird in den heftigsten Ausdrücken angegriffen. Eine kleine Zahl von hohen und niederen Geistlichen habe die Interessen des Volkes verraten und der orthodoxen Kirche Schande gemacht. Dem Patriarchen schickte man zwar ein devotes Telegramm, unterließ aber nicht, seine Abwesenheit übel zu vermerken. Die Hierarchie ist mit Recht über die Bestrebungen dieser „demokratischen“ Priestervereinigung schwer besorgt. Die serbische orthodoxe Kirche als Ganzes hat jedenfalls vor den Forderungen der gottlosen kommunistischen Regierung noch nicht kapituliert.

Von Serbien abgesehen ist es den kommunistischen Regierungen mehr oder weniger gelungen, die orthodoxen Kirchen ihren Zielen dienstbar zu machen. Außerhalb des kommunistischen Einflußgebietes findet jedoch Moskau wenig Zuneigung. Hier steht nur der Patriarch von Antiochien, ein Araber, zu Moskau. Nach manchen Nachrichten scheint auch er in seiner Sympathie allmählich wankend zu werden. Die griechischen Kirchen dagegen — Konstantinopel, Griechenland, Zypern, Alexandrien — wollen von Moskau und dem Kommunismus nichts wissen. Die am 1. Nov. 1948 erfolgte Wahl eines amerikanischen Staatsbürgers, des bisherigen griechischen Erzbischofs von New York, Athenagoras, zum Patriarchen von Konstantinopel hat der Opposition gegen Moskau einen starken Führer gegeben.

Es fehlt, wie wir sahen, auch in der orthodoxen Kirche nicht am guten Willen, den Kampf gegen den Hauptfeind, den das Christentum zur Stunde hat, den gottlosen Kommunismus, durchzustehen. Ob und wieweit es ihr gelingen wird, ist unserem Blick verborgen. Gewiß ist das eine, daß es zu einem wirklichen Ausgleich zwischen beiden Mächten, der politischen und der religiösen, nicht kommen kann, es sei denn, daß eine der beiden, der kommunistische Staat oder die orthodoxe Kirche, sich selbst aufgibt.